

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktor: Richard Borchert
Verlags-Gesellschaft: 25844
Bau für Redaktionsgebäude: Nr. 20011
Schriftleitung: a. Hauptgeschäftsführer:
Dresden - L. 1, Markstraße 25/26

Bezugspreis vom 1. Mai 1930 bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Cash 1.70 Mk.
Bezugspreis für Monat Mai 5.40 Mk. einchl. 96 Pfg. Postgebühr ohne Postzustellungsgebühr.
Wingelnummer 18 Pfg., außerhalb Dresdens 20 Pfg. Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach
Zeilenmaß berechnet: die einseitige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familien-
anzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 35 Pfg., außerhalb 35 Pfg., die 20 mm breite Zeilenzeile
200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengeld 50 Pfg. Kustobührige Kustobühr gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Richard Borchert,
Dresden, Postfach-Nr. 1048 Dresden
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung
(Verbr. Nachr.) 1930/11a. Inverlangte
Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Rheinlandräumung in „kürzester Frist“

Briands Besprechungen mit Henderson

Drahtbericht unseres Pariser Korrespondenten

Paris, 10. Mai. Der gestrige Tag brachte einige politisch sehr wichtige Entscheidungen und Besprechungen. Ministerpräsident Lardieu hat gestern früh eine Unterredung mit dem Außenminister Briand gehabt, deren Gegenstand die Maßnahmen zur Räumung der dritten Rheinlandzone bildeten. — Die Ratifizierungsurkunden der Mächte Belgien, England und Italien sind gestern im Duai d'Orsay hinterlegt worden, so daß alle Vorbereitungen für die Infratsetzung des Youngplanes und dadurch für die Räumung des Rheinlandes erfolgt sind. Im „Matin“ wird von offizieller Seite bestätigt, daß die Räumung nunmehr in kürzester Frist

erfolgen werde und dann die technischen Dispositionen getroffen werden, um den Gang der Räumungsoperationen zu beschleunigen. Wie durch Zufall, scheint es, hat das Blatt es vermieden, den 30. Juni zu nennen und dafür sich eines so dehnbaren Begriffs wie „kürzeste Frist“ bedient. Eine klare Festsetzung von amtlicher französischer Seite wäre jetzt, sechs Wochen vor der vertraglich zugesicherten Räumung, am Platze.

Die gestrige Unterredung Briand-Henderson hat ihre besondere Bedeutung in der Tatsache, daß die beiden Staatsmänner sich über den Weg besprochen haben, den Frankreich und bei Gelegenheit auch England in den

französisch-italienischen Flottenverhandlungen

einmüßig haben. Außenminister Briand hat, wie offiziell bekannt wird, die Absicht, mit Scialoja sehr anläßlich der am nächsten Montag beginnenden Verhandlung die italienisch-französischen Verhandlungen offiziell zu eröffnen. Auf französischer Seite hofft man sogar, daß Außenminister Grandi sich nach Genf begeben werde, der natürlich ungleich kompetenter in diesem schwierigen Fragenkomplex ist als Scialoja. Die Verhandlungen sollen während der ganzen Tagungswoche fortgesetzt werden.

Man beglückwünscht sich hier über die

Vertragung der vorbereitenden Abrüstungs-Konferenz

auf Anfang November. „Da die Verhandlungen mit Italien mit aller Vorsicht geführt werden müssen“, so schreibt „Matin“, „um einen Mißerfolg zu vermeiden, da ferner alle französisch-italienischen Fragen dabei erörtert und geklärt werden müßten, wäre es nutzlos, ja ärgerlich gewesen, wenn das Echo der französisch-italienischen Streitigkeiten in die Sitzung der Abrüstungskommission gedrungen wäre.“ So habe man jetzt wieder sechs Monate Zeit, an der Entspannung und an einer Einigung zwischen den beiden Nationen zu arbeiten.

Außenminister Briand hat mit Henderson ferner den Text seines Fragebogens über die europäische

Staatenföderation vorgelegt. Dieser Fragebogen ist nun nach mancherlei Änderungen endgültig fertiggestellt und vom Ministerrat bereits bewilligt worden. Außenminister Briand wird im Verlaufe der nächsten Woche ihn den 20 europäischen Staaten übermitteln lassen.

Die faschistische Außenpolitik

Grandi über die Haager und Londoner Konferenzen

Rom, 10. Mai. Außenminister Grandi erstattete am Freitag in der Kammer einen ausführlichen Bericht über die Haltung Italiens auf der Haager und auf der Londoner Konferenz.

Die Haager Abmachungen, führte Grandi aus, erhielten nicht nur das Gleichgewicht zwischen den italienischen Verpflichtungen und den italienischen Entzünften aufrecht, sondern sicherten dem Staatschiff einen beachtlichen Ueberfluß.

Das faschistische Italien könne sich rühmen, die schwierige Aufgabe eines friedlichen Ausgleichs zwischen den Staaten Ostpreußens in Angriff genommen zu haben.

Italien habe erkannt, daß durch Unterdrückung der Ansprüche der kleinen Völker der Friede gefährdet werde, und habe daher Desterreich, Ungarn und Bulgarien bei einer gerechten Lösung der Reparationsfrage unterstützt.

Zum Flottenabkommen übergehend, erklärte Grandi, Italien habe sich zur bedingungslosen Annahme der Londoner Einigung veranlaßt gesehen, da England und Amerika sich geeinigt hätten. Frankreich sei zu einem Gedankenaustausch aufgefordert worden. Trotzdem Italien Frankreich gegenüber erklärte, daß es die von Frankreich für sich nach eigenem Ermessen festgesetzte Gesamttonnenzahl ohne weiteres auch für Italien annehmen würde, habe die französische Regierung ausweichend geantwortet.

Die Einigung in London sei keine endgültige, solange die Frage der Abrüstung Italiens und Frankreichs offen bleibe; denn Italien und Frankreich könnten die Rüstungen der drei Vertragmächte durch Neubauten jederzeit beeinflussen.

Italien werde darüber wachen, daß im Rahmen des Völkerbundes alle Staaten, sowohl große als auch kleine, die gleichen Rechte und Pflichten besäßen. Der Völkerbund sei kein Verband der Sieger gegen die Besiegten. Die Verpflichtungen, die die Sieger auf sich genommen hätten, warteten noch auf ihre Erfüllung.

Um einen Minister

Die kommende Woche bringt für Sachsen noch einmal Entscheidungen von weittragender Bedeutung. Am Dienstag die Regierungserklärung des Kabinetts Schied und am Mittwoch die Abstimmung über die Anträge zur Auflösung des Landtags, deren Ausgang gleichbedeutend ist mit einem Vertrauens- oder Mißtrauensvotum für die neue Regierung. Da die Opposition der marxistischen Linken feststeht, liegt die Entscheidung bei den fünf Nationalsozialisten, genau so, wie sie im bisherigen Krisenverlauf bei den vier Demokraten lag. Wie sie auch ausfallen mag, als Ausgangspunkt für die Beurteilung der kommenden Ereignisse muß jedenfalls festgestellt werden, daß die Bildung des Kabinetts Schied im Lande, und nicht zuletzt in den Kreisen der Wirtschaft, eine Zustimmung gefunden hat, die weit über das Maß der gewöhnlichen Anteilnahme an solchen Vorgängen hinausging. Dieser Beifall hat sich noch verstärkt durch die Art, wie das Kabinett gebildet und ganz im Sinne der schlechten Denkschrift zur Verwaltungsreform vereinfacht wurde. Nicht als ob man mit den früheren Ministern, die unter dem Zwang der Verhältnisse ausscheiden mußten, unzufrieden gewesen wäre. Ob es sich um den Ministerpräsidenten Dr. Büniger, den Wirtschaftsminister Dr. Krug von Nidda oder den Finanzminister Weber handelt, es gibt bis zur Scheidelinie der Linken nur eine Stimme der Anerkennung für ihre verdienstvolle Tätigkeit, und ebenso allgemein ist das Bedauern, daß sie die politischen Opfer einer Kette von widrigen Umständen geworden sind. Nachdem man sich aus diesen Nöten heraus, um keine Partei zu übergehen und keiner wegzutun, auf den Grundsatz der Entpolitisierung in einem Beamtenkabinett geeinigt hatte, wurde es um so freundlicher begrüßt, daß die neue Regierung sofort den Vorteil ihres unpolitischen Charakters wahrnahm und mit resoluter Tatkraft diejenigen entbehrlich gewordenen Ministerposten einspart, deren Bestand in letzter Zeit mehr den Parteiportefeuillewünschen als einer sachlichen Notwendigkeit entsprochen hatte. Sechs Ministerien stehen somit in der Verwaltung von vier Ministern. Das ist für die im Vergleich zu Preußen gewiß kleinen Verhältnisse des sächsischen Staates wieder ein gesunder Zustand. Er wird mit Recht als Fortschritt empfunden, weniger wegen der zwei Ministergehälter, die eingespart werden, als wegen des guten Beispiels richtig angewandter Sparpolitik, das diesmal von oben gegeben wird, und als Symptom für den Tatwillen der Regierung.

Nachdem Ministerpräsident Schied in seiner bekannten Denkschrift zur sächsischen Verwaltungsreform die Notwendigkeit solcher Maßnahmen begründet und einer dahingehenden Entlastung theoretisch wenigstens Bahn gebrochen hatte, lag es in der Pflicht seiner Einstellung, daß er in dem Augenblick, da ihm die Macht in die Hände gelegt wurde, seine Ideen soweit als möglich zu verwirklichen suchte. Die Parteien, die ihn wählten oder seine Wahl indirekt durchsetzten, mußten wissen, daß er in dieser Richtung zur möglichst weitgehenden Vereinfachung des Staatsbetriebes moralisch gebunden war. Um so weniger ist es verständlich, daß seinem Kabinett gerade deshalb, weil er sich mit vier Ministern begnügen will, noch vor der Machtergreifung parteipolitische Gefahren drohen, weil die Nationalsozialisten darüber hinaus die Ernennung eines Arbeitsministers verlangen mit der Konsequenz, daß nach Erfüllung dieses Wunsches auch andere Parteien mit der Regierungserklärung des Kabinetts Schied und am Donnerschtag nach ihrem Geschmack fordern. Schon schneiden sich also wieder die Partei- und die Staatsinteressen. Das alte und doch ewig neue Lied, die Zuspitzung der politischen Lage auf Nebendinge, die Erhebung um Bagatellfragen, der Kampf um Prestigefragen, hebt wieder an.

Wenn es wirklich so kommen sollte, daß das Kabinett Schied um eines Ministers mehr oder weniger an der Arbeit verhindert würde, dann wäre der tragikomische Höhepunkt dieser seltsamsten aller Krisen erreicht. Nach so viel Wechseln, nach dem Scheitern einer bürgerlich-politischen Regierung und der Großen Koalition, am Rande der Auflösung vor dem Beamtenkabinett angelangt und jetzt doch noch Neuwahlen, die alles in Frage stellen, mit der Parole: Noch ein Minister muß her! —, das ganze über das Fassungsvermögen des parteipolitisch unbeschwerten gesunden Menschenverstandes hinaus. Natürlich würde, wenn es soweit käme, diese unbrauchbare Parole, aus der der Konflikt entstanden ist, schnell untertauchen und im Wahlkampf anderen, auskräftigeren Schlagtrüben weichen. Darum muß jetzt, solange die Dinge noch in der Schwebe sind, mit allem Ernst und in strenger Sachlichkeit darauf hingewiesen werden, wie wenig stichhaltig das Verlangen nach Erweiterung des Kabinetts Schied ist. Wir haben die Argumente schon von anderer Seite gehört, die dafür ins Treffen geführt werden, daß gerade bei den gegenwärtigen schlechten Wirtschaftsverhältnissen, im Zeichen der Arbeitslosigkeit, ein eigener Arbeitsminister, gedacht als Minister für die Arbeiterinteressen, eine sozialpolitische Notwendigkeit sei. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben schon immer mit dem Vorwurf operiert, daß die Bestrebungen auf Vereinfachung des Arbeitsministeriums mit dem Innenministerium aus irgendwelchen arbeiterfeindlichen, schammascherischen oder reaktionären Tendenzen herrühren. Dadurch, daß dieselben Gedankengänge jetzt

Bürgerkriegshebe in Berliner Schulen

Triumphe des Schulbolschewismus

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. Mai. In den Schulen Berlins führten die bolschewistischen Jugendorganisationen im Verlaufe dieser Tage einen „Kampftag“ durch, um für die „proletarische Wehrhaftmachung“ und die roten Wehrorganisationen zu werben. Hierbei gelangte seitens des Jungspartakusbundes an die Schulkinder ein Flugblatt zur Verteilung, in dem aufgefordert wurde, „getreu dem Vorbild der bolschewistischen Jugend Sowjetrußlands mit der Waffe in der Hand den Sieg zu erringen“. Gleichzeitig verbreitete der kommunistische Jugendverband Berlin eine Festschrift: „Seid bereit!“, in der die Notwendigkeit der militärischen Ausbildung der roten Schulkinder mit der Waffe betont wird, um für den Kampf gegen das Bürgertum und seinen Staat „gerüstet“ zu sein. Ein Bild, das in dieser Schrift abgedruckt ist, zeigt bolschewistische Kinder, die mit dem Gewehr an der Wade im Anschlag liegen und „auf den Feind“ zielen. Die ganze Tendenz dieser Schrift besteht in der geistigen Vorbereitung der Schulkinder auf die blutige Auseinandersetzung mit dem Bürgertum.

Die systematische Vergiftung der Kinderseelen in den Berliner Schulen, die jedem denkenden Menschen Grauen vor dem Ausgange dieser unheiligen Saat einflößen muß, scheint in einem innigen Zusammenhang mit der auffallenden Passivität der preussischen Regierung gegenüber dem Kommunismus seit der Umbildung der Reichsregierung zu stehen. Anscheinend hat der sozialdemokratische preussische Ministerpräsident das Interesse an der Bekämpfung der Bürgerkriegshebe der Kommunisten seit dem Austritt der Sozialdemokraten aus dem Reichskabinett verloren. Kennzeichnend dafür ist auch das von der Polizei ungestörte Auftreten des vom Reich verbotenen Rotfrontkämpferbundes in seiner alten Uniform in den Straßen von Berlin. Es wird anscheinend höchste Zeit, daß das Zentrum Ernst mit der Kündigung der Preußenkoalition

macht, will es nicht mitschuldig werden, daß das größte deutsche Land immer mehr zu einer Plattform für den marxistischen Zukunftstaat wird, den neben den Kommunisten ja auch die Sozialisten nach wie vor erstreben.

Nationalisierung der Gebrauchsgüter in Sowjetrußland

Moskau, 10. Mai. Der verhängnisvolle Mangel an Gebrauchsgütern des täglichen Lebens, der sich mit jedem Tage mehr bemerkbar macht, hat nach Meldungen aus Moskau das Volkswirtschaftskommisariat dazu veranlaßt, eine neue Nationalisierung dieser Artikel durchzuführen. Es ist eine neue Verkaufsordnung festgelegt, die am 10. Mai in Kraft tritt. Danach werden alle Waren und Artikel des täglichen Gebrauchs in drei Gruppen eingeteilt. Zur ersten Gruppe gehören Woll-, Baumwoll- und Leinwandwaren, Garne, Wirtschaftstextilien, zur zweiten fertige Kleider, Trikotasen und zur dritten alle übrigen Gebrauchsgüter. Das Bezugsrecht auf die Erzeugnisse der ersten Gruppe besitzen nur Arbeiter auf Grund der auch für die Lebensmittel bestehenden Bezugskarten. Die Artikel der zweiten Gruppe werden in „Ladenordnung“ verkauft, sie können, soweit vorhanden, frei erworben werden, wobei aber die ausgesprochenen Arbeiterunterstützung in den Großstädten in erster Linie berücksichtigt werden. Das sind also die Gebrauchsgüter, nach denen die sowjetrußische Bürger wird „antehen“ müssen. Lediglich die dritte Gruppe der Waren, die sehr teuer sind und die nur einen geringen Absatz aufweisen, ist für den Verkauf vollkommen freigegeben.

Berhandlungen über den deutsch-polnischen Grenzverkehr

Warschau, 10. Mai. Am 12. Mai beginnen in Krakau deutsch-polnische Verhandlungen über ein Abkommen über den kleinen Grenzverkehr. Deutscher Vertreter ist Gesandter Dr. Eckardt. Die Herren Kasjowski und Zaksowski vertreten Polen.